



Bundesministerium
des Innern

 2007*DE

Europa sicher leben

Living Europe Safely | L'Europe, bien s re



Arbeitsprogramm für die deutsche
EU-Ratspräsidentschaft

Work programme for the German EU presidency

Programme de travail pour la
présidence allemande du Conseil de l'UE

www.bmi.bund.de

Europa sicher leben

Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern
für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007

3

Living Europe Safely

Work programme of the Federal Ministry of the Interior
for the German EU Presidency in the first half of 2007

23

L'Europe, bien sûre

Programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur
pour la présidence allemande du Conseil de l'UE
durant le premier semestre de 2007

41

Nähere Informationen zum Präsidentschaftsprogramm des Bundesministeriums des Innern sind über das Internet (www.bmi.bund.de und www.eu2007.bmi.bund.de) oder bei der Stabsstelle EU-Ratspräsidentschaft 2007, Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin, erhältlich.

For more information about the work programme of the Federal Ministry of the Interior please visit www.bmi.bund.de and www.eu2007.bmi.bund.de or write to the Ministry's EU Presidency 2007 Office, Alt-Moabit 101, D, 10559 Berlin.

Des informations plus détaillées sur le programme de la présidence du ministère fédéral de l'Intérieur sont disponibles sur le web (www.bmi.bund.de et www.eu2007.bmi.bund.de) ou auprès de la Cellule Présidence 2007 du ministère: Stabsstelle EU-Ratspräsidentschaft 2007, Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 101 D, D-10559 Berlin

Europa sicher leben

Arbeitsprogramm des
Bundesministeriums des Innern für die
deutsche EU-Ratspräsidentschaft im
ersten Halbjahr 2007



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

ich möchte Ihnen das Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 vorstellen.

Die 50-jährige Geschichte der europäischen Einigung ist ein Erfolg für uns alle: Durch Integration, durch Bündelung gemeinsamer Interessen, durch gemeinsames Handeln haben wir Europäer heute einen so sicheren Frieden und so großen Wohlstand erreicht wie nie zuvor in der Geschichte. Wenn wir in der Welt des 21. Jahrhunderts bestehen wollen, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa.

Der Ausbau des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist ein Schwerpunkt im Arbeitsprogramm der Bundesregierung. Das Leitmotiv des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft lautet deshalb: **Europa sicher leben.**

Wir werden in der europäischen Innenpolitik vorhandene Instrumente effektiv nutzen und sie erweitern, statt immer neue Initiativen zu entwickeln. Wir wollen zum einen die praktische Zusammenarbeit intensivieren und konsolidieren. Wir werden zum anderen einen Schwerpunkt auf die Integrationspolitik und die Förderung des interkulturellen Dialogs setzen. Für mich ist auch wichtig, dass es uns gemeinsam mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten gelingt, einen Anstoß für die künftige Gestaltung europäischer Innenpolitik zu geben.

Zur Umsetzung dieser Ziele wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – neben den regelmäßigen Ratssitzungen – zahlreiche informelle Konferenzen veranstalten.

Dazu gehören:

- das Informelle Ministertreffen Justiz/Inneres, 14. bis 16. Januar 2007 in Dresden,
- die Konferenz der für Sport zuständigen Minister, 12./13. März 2007 in Stuttgart,
- die Konferenz der für die Integration zuständigen Minister, 10./11. Mai 2007 in Potsdam und
- die Konferenz der für den öffentlichen Dienst/Verwaltung zuständigen Minister, 22. Juni 2007 in Berlin.

Neben dem Arbeitsprogramm werden Sie auf den Internetseiten des Bundesministeriums des Innern (www.bmi.bund.de und www.eu2007.bmi.bund.de) in den kommenden Monaten umfangreiche Informationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft finden.

Ich hoffe auf Ihr Interesse und wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Bundesminister des Innern

Inhalt

Europa sicher leben	8
Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007	8
1. Internationalen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen	9
Europol stärken	9
Vertrag von Prüm in den europäischen Rechtsrahmen überführen	10
Gefahren im Internet bekämpfen	11
Informationssysteme sicher machen	11
Neue Mitgliedstaaten an das Schengener Informationssystem anschließen	11
Personaldokumente durch biometrische Verfahren sicher machen	11
Kritische Infrastrukturen schützen	12
Katastrophenschutz fortentwickeln	12
Übermittlung von Fluggastdaten	12
2. Migration gemeinsam steuern	13
Illegale Migration bekämpfen; Visamissbrauch verhindern	13
Rückführungen verbessern	14
Flüchtlinge schützen – Zusammenarbeit ausbauen	14
Legale Zuwanderung steuern	14
Außengrenzen schützen – FRONTEX stärken	15
3. Die äußere Dimension gestalten	15
4. Verwaltungszusammenarbeit stärken	16
Leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung	16
Doping bekämpfen	17
Datenschutz, Europawahlen und Statistik	17
5. Integration und interkulturellen Dialog fördern	18
Integrationspolitik weiterentwickeln	18
Interkulturellen Dialog fördern	19
6. Zukunft der europäischen Innenpolitik	19

Europa sicher leben

Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007

Die europäische Einigung hat uns Freiheit und Wohlstand gebracht. Wir können weitgehend ohne Passkontrolle reisen und in EU-Ländern leben und arbeiten.

Dank der europäischen Einigung und des technischen Fortschritts leben wir heute so grenzenlos wie nie zuvor. Menschen, Waren und Dienstleistungen sind mobiler geworden.

Gewonnene Freiheiten können auch missbraucht werden. Wir müssen deshalb im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Europas darauf achten, dass Terroristen, Schleuser und Kriminelle auch bei offenen Grenzen keine Chance haben. Dabei müssen wir in Europa eng zusammenarbeiten. Unsere vordringlichste Aufgabe ist, Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Unsere innere Sicherheit ist dabei untrennbar mit der äußeren Sicherheit verknüpft. Die Terroranschläge von New York, Madrid und London zeigen, dass Konflikte überall ausgetragen werden können. Deshalb muss die EU im eigenen Interesse den Dialog mit ihren Nachbarn und den übrigen Staaten dieser Welt führen. Vor diesem Hintergrund ist „Europa sicher leben“ das Leitmotiv des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Es steht für die Herausforderung, der wir uns stellen und für die Erwartung, die die Bürger an Europa haben.

Die Interessen der Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Unser Programm konzentriert sich deshalb auf folgende Schwerpunkte:

Wir wollen den internationalen Terrorismus und die grenzüberschreitende Kriminalität wirksamer bekämpfen, Migration gemeinsam steuern sowie Integration und interkulturellen Dialog voranbringen. Daher wollen wir die Zusammenarbeit im Innenbereich stärken, begonnene Projekte fortführen und praktische Erfolge erzielen. Unsere Leitlinie ist die Umsetzung des Haager Programms, das die Ziele im Bereich der europäischen Innenpolitik seit 2004 festlegt.

Darüber hinaus wollen wir einen Anstoß für die Zukunft der europäischen Innenpolitik geben. Das Haager Programm läuft Ende 2009 aus. Dann brauchen wir ein neues Programm, das die Schwerpunkte der europäischen Innenpolitik im Hinblick

auf die neuen Herausforderungen überprüft und fortschreibt. Diese Diskussion wollen wir unter deutscher Präsidentschaft beginnen. Uns liegt viel daran, dass Mitgliedstaaten und Union sich darüber einig werden, wer handelt und wer die politische Verantwortung trägt. Nur so kann europäische Innenpolitik verständlicher, kohärenter und bürgernäher werden. Unser Ziel ist, Einheit und Vielfalt sinnvoll miteinander zu verbinden.

1. Internationalen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen

Der internationale Terrorismus ist eine Bedrohung für die Europäische Union. Er ist eine Gefahr für den Frieden und die internationale Ordnung. Erfolgreich bekämpfen können wir ihn nur, wenn wir in Europa eng zusammenarbeiten.

Unsere Polizeien und Sicherheitsbehörden müssen ihre Erkenntnisse und Daten austauschen. Dazu brauchen wir einen Europäischen Informationsverbund und die zügige Einführung des neuen Schengener Informationssystems.

Außerdem müssen unsere Polizisten und Grenzschützer noch intensiver zusammenarbeiten. Um praktische Erfolge zu erzielen, brauchen wir gemeinsame Streifen und Ermittlungsteams. In diesen müssen auch Gastbeamte anderer Mitgliedstaaten exekutive Befugnisse ausüben können.

Die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland ist ein Beispiel dafür, wie sehr wir von der Zusammenarbeit unserer Polizeien profitieren. Über 500 Polizisten aus zwölf Mitgliedstaaten der EU haben uns geholfen, eine sichere Weltmeisterschaft zu organisieren.

Europol stärken

Wir wollen das Europäische Polizeiamt Europol stärken, damit es die Polizeibehörden der Mitgliedstaaten besser bei der Bekämpfung schwerer internationaler Straftaten unterstützen kann. Dafür müssen wir Europol mehr Befugnisse übertragen und mit mehr Personal ausstatten. Manche Veränderungen werden eine

Änderung des Rechtsrahmens erfordern. Beispielsweise wollen wir, dass Europol künftig für die Bekämpfung aller Formen von schweren grenzüberschreitenden Straftaten zuständig ist. Dazu gehören etwa schwere Störungen der öffentlichen Sicherheit durch reisende Gewalttäter und Hooligans oder Taten eines in mehreren Mitgliedstaaten mordenden Serienkillers.

Alle Änderungen bei Europol dienen dem Ziel, Kriminellen erfolgreicher auf die Spur zu kommen. Nationale Polizeibeamte müssen wissen, dass sie bei grenzüberschreitender Kriminalität Hilfe von Europol erwarten können, zum Beispiel beim Beobachten des Internets oder beim Auswerten von Daten terroristischer Vereinigungen. Wir setzen alles daran, terroristische Netzwerke frühzeitig zu zerschlagen. Um Anschläge zu verhindern, müssen wir zum Beispiel Informationen zur islamistischen Szene austauschen. Deshalb sollen alle nationalen Strafverfolgungsbehörden auf die Daten Europols zugreifen können.

Gemeinsame Ermittlungsteams von Beamten der Mitgliedstaaten und Europol sind unverzichtbar, um internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Deshalb treten wir mit Nachdruck dafür ein, dass die Mitgliedstaaten während unserer Präsidentschaft die entsprechenden Änderungsprotokolle zum Europolübereinkommen umsetzen.

Vertrag von Prüm in den europäischen Rechtsrahmen überführen

Straftäter dürfen keine Chance haben, sich durch Überschreiten der Grenze ihrer Verfolgung zu entziehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Regelungen des 2005 zwischen sieben Mitgliedstaaten in Prüm/Eifel geschlossenen Vertrags zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration in den EU-Rahmen zu überführen. Dadurch können zum Beispiel alle Mitgliedstaaten gegenseitig auf DNA- und Fingerabdruckdaten sowie auf Fahrzeugregister zugreifen und bei Großereignissen wie internationalen Sportwettbewerben Hilfskräfte aus anderen Mitgliedstaaten anfordern.

Während der Fußballweltmeisterschaft hat sich die Übertragung exekutiver Befugnisse (zum Beispiel zur Identitätsfeststellung oder zur vorläufigen Festnahme) auf Gastbeamte besonders bewährt. Ausländische Beamte konnten so gegenüber den eigenen Fans eingreifen und haben damit die deutsche Polizei erfolgreich unterstützt. Wir wollen deshalb diese Möglichkeit europaweit für alle Großveranstaltungen und für gemeinsame Polizeistreifen an Binnengrenzen einführen.

Gefahren im Internet bekämpfen

Wir wollen eine vertiefte Zusammenarbeit beim Beobachten und Analysieren von Internetauftritten terroristischer Strukturen erreichen („check the web“). Dabei soll die Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der besonderen Sprach- und Sachkompetenz ihrer Sicherheitsbehörden intensiviert werden. Bei Europol soll ein Informationsportal eingerichtet werden, über das die Mitgliedstaaten Informationen austauschen können.

Informationssysteme sicher machen

Internet, E-Mail und Mobiltelefone sind aus unserer Welt nicht mehr wegzudenken. Informationen sind dadurch überall verfügbar. Von ihrer sicheren Übertragung hängt der Erfolg der europäischen Wirtschaft ab. Für die Sicherheit der Informationstechnologie (IT) tragen Wirtschaft, Bürger und Staat gemeinsam Verantwortung. Die Verantwortungsteilung zwischen Wirtschaft und Staat wird Schwerpunkt der europäischen IT-Sicherheitskonferenz während der deutschen Präsidentschaft sein. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission werden wir uns außerdem dafür einsetzen, dass wir in Europa Nutzer und Hersteller flächendeckend vor Computerviren oder anderen Sicherheitsrisiken warnen können.

Neue Mitgliedstaaten an das Schengener Informationssystem anschließen

Wir wissen, dass für die neuen Mitgliedstaaten der Fall der letzten Schlagbäume an den Binnengrenzen das Symbol für die EU-Mitgliedschaft ist. Uns liegt deshalb viel daran, dass wir bald ohne Kontrollen zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten reisen können. Für die Grenzöffnung brauchen wir die Anbindung aller Mitgliedstaaten an das Schengener Informationssystem (SIS), das den Polizeibehörden erlaubt, per Haftbefehl gesuchte oder einer Einreiseverweigerung unterliegende Personen sowie gestohlene Fahrzeuge zu identifizieren. Wir begrüßen daher ein „SIS I für alle“, an das auch die neuen Mitgliedstaaten schnellstmöglich angeschlossen werden können. Für das erweiterte SIS II mit zusätzlichen Möglichkeiten wie der Aufnahme von Fingerabdrücken und Lichtbildern werden wir uns im Sicherheitsinteresse unserer Bürger weiter entschieden einsetzen.

Personaldokumente durch biometrische Verfahren sicher machen

Biometrische Merkmale wie digitalisierte Lichtbilder oder Fingerabdrücke erhöhen die Fälschungssicherheit von Dokumenten. Sie ermöglichen den schnellen Abgleich von Datenbanken, so dass Personen zuverlässig identifiziert werden

können. Wir wollen den Biometrieinsatz bei der Ausstellung von Visa, Reisepässen, Aufenthaltstiteln und Ausweisen in der EU harmonisieren. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass Drittstaaten biometrische Merkmale in ihren Reisedokumenten einführen.

Kritische Infrastrukturen schützen

Kritische Infrastrukturen in Europa sind besser zu schützen. Unsere Versorgung, zum Beispiel durch Strom, ist mehr und mehr vernetzt. Wir haben mehrfach erfahren müssen, dass ein Stromausfall in einem europäischen Land zu einem Zusammenbruch der Netze in angrenzenden Staaten führen kann. Die bisherigen EU-Maßnahmen zum Schutz des Luft- und Seeverkehrs wollen wir deshalb um spezielle Schutzmaßnahmen für kritische Infrastrukturen ergänzen. Das von der Kommission vorgeschlagene Europäische Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen und den Richtlinienvorschlag wollen wir während unserer Präsidentschaft voranbringen. Dabei sollten wir erst die Gefahren und Kosten analysieren und dann festlegen, welche Infrastruktur prioritär geschützt werden soll. Bei der Auswahl der Schutzmaßnahmen müssen wir Besonderheiten bestimmter Infrastrukturen und voraussichtlich anfallende Kosten berücksichtigen.

Katastrophenschutz fortentwickeln

In Katastrophenlagen muss den Betroffenen schnell und unbürokratisch geholfen werden. Wir werden uns für eine Verbesserung der Rolle des Beobachtungs- und Informationszentrums der EU (MIC) bei der Koordination von Hilfeinsätzen inner- und außerhalb Europas einsetzen. Außerdem wollen wir ein gutes Zusammenspiel und den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von chemischen Unfällen befördern. Solche Gefahrenlagen stellen wegen des Dekontaminationsaspekts ganz besondere Anforderungen an Einsatzkräfte und entwickeln sich leicht zu Großschadenslagen mit grenzüberschreitenden Folgen.

Übermittlung von Fluggastdaten

Das Abkommen mit den Vereinigten Staaten zur Übermittlung von Fluggastdaten läuft zum 31. Juli 2007 aus. Der deutsche Vorsitz strebt an, ein neues, dauerhaftes Abkommen abzuschließen.

2. Migration gemeinsam steuern

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind in hohem Maße Ziel illegaler Zuwanderung. Menschen aus Drittstaaten versuchen, häufig unter Einsatz ihres Lebens und mit vermeintlicher Hilfe von sie ausbeutenden Schleuserbanden, die EU zu erreichen. Die Bilder von Migranten und Flüchtlingen, die mit kaum seetüchtigen Booten auf den kanarischen Inseln oder Lampedusa anlanden, haben uns diese Situation auf dramatische Weise ins Bewusstsein gerufen. Illegale Zuwanderung findet aber nicht nur über die südlichen Seegrenzen, sondern auch über die östlichen und südöstlichen Landgrenzen der EU statt. Illegaler Migration können wir in Europa nur gemeinsam wirksam begegnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir europaweit aktiv Migrationspolitik gestalten und Migration gemeinsam steuern. Dabei müssen wir die unterschiedlichen Bedürfnisse der Mitgliedstaaten berücksichtigen. Wir müssen einen Weg finden, wie Mitgliedstaaten einerseits ihren Bedarf an Zuwanderung ohne nachteilige Auswirkungen für andere Staaten decken können und wir andererseits gemeinsam illegale Migration bekämpfen.

Ein gemeinsamer europäischer Ansatz zur Migrationssteuerung muss Migrations- und Fluchtursachen analysieren, Armut in den Herkunftsländern bekämpfen und humanitäre Hilfe leisten. Wichtig ist auch, dass Migranten in den Transitländern besser geschützt werden. Die Herkunftsländer müssen andererseits auch ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen einhalten.

Illegale Migration bekämpfen; Visamissbrauch verhindern

Die Visumpolitik ist ein zentrales Instrument zur Steuerung und Kontrolle der Migration. Von besonderer Bedeutung ist hierbei eine einheitliche Praxis der Schengenpartner bei der Visumerteilung. Wir wollen daher die Reform des gemeinsamen Visumrechts durch einen „Visakodex“ aktiv vorantreiben. Ferner sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine noch engere Zusammenarbeit der Konsulate der Schengenpartner geschaffen werden.

Mit dem Visum-Informationssystem (VIS) können wir Daten von Visumantragstellern einschließlich Fingerabdrücken und Lichtbildern speichern und vergleichen. Das VIS soll deshalb zu einem wesentlichen Element bei der Bekämpfung von illegaler Migration und „Visa-Shopping“ sowie bei der Bekämpfung von internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeit an den Rechtsgrundlagen des VIS vorangetrieben wird,

bald die technischen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme der Zentraleinheit des VIS in Straßburg erfüllt sind, die Mitgliedstaaten zügig angeschlossen werden und Polizei- und Sicherheitsbehörden auf das VIS zugreifen können.

Rückführungen verbessern

Wir wollen die Rückführung von ausreisepflichtigen Drittausländern verbessern. Dazu muss die EU mit den Drittstaaten eng zusammenarbeiten. Außerdem werden wir die bisherigen Verhandlungen der Europäischen Kommission über Rückführungsabkommen mit Drittstaaten evaluieren. Wir wollen die gemeinsamen Rückführungsflüge der Mitgliedstaaten fortführen. FRONTEX soll diese Flüge unterstützen.

Flüchtlinge schützen – Zusammenarbeit ausbauen

Unser Ziel ist, Flüchtlinge zu schützen und Missbrauch zu verhindern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Mitgliedstaaten die Rechtsakte zum Asyl- und Flüchtlingsrecht in gleicher Weise anwenden. Um dies zu gewährleisten, wollen wir die praktische Zusammenarbeit der Asylbehörden der Mitgliedstaaten ausbauen. Wir werden die Europäische Kommission bei der Evaluierung der Rechtsakte der ersten Harmonisierungsphase unterstützen und mit der Vorlage des von der Kommission angekündigten Grünbuchs zur Asylrechtsharmonisierung die Diskussion um die Ausgestaltung der zweiten Harmonisierungsphase beginnen.

Legale Zuwanderung steuern

Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Strategieplan ist Grundlage für die weitere Diskussion über Notwendigkeit, Ausmaß und die inhaltliche Ausgestaltung europäischer Regelungen im Bereich legaler Migration. Erste Richtlinienvorschläge legt die Europäische Kommission zwar erst in der zweiten Jahreshälfte 2007 vor. Wir werden uns aber weiter intensiv in die Diskussion über mögliche Maßnahmen der EU im Hinblick auf ein europäisches Konzept zur legalen Zuwanderung einbringen. Dazu gehört unser Vorschlag, zirkuläre Migration als migrations- und entwicklungspolitisches Instrument auszugestalten und zu fördern. Im Bereich der Arbeitsmigration muss für die Mitgliedstaaten allerdings eine umfassende Flexibilität gewährleistet sein, damit die Situation der unterschiedlichen Arbeitsmärkte in den einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden kann.

Außengrenzen schützen – FRONTEX stärken

Der effektive Schutz der gemeinsamen Außengrenzen ist wesentliche Voraussetzung, um illegaler Einwanderung und Menschenhandel wirksam begegnen zu können. Den Außengrenzschutz verantworten die einzelnen Mitgliedstaaten. Allerdings kommt der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX hierbei eine maßgebliche Rolle zu. Wir wollen deshalb FRONTEX wesentlich stärken. Dazu gehört die zügige Verabschiedung und Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Einrichtung schneller Eingreifteams und die Übertragung exekutiver Befugnisse auf Gastbeamte bei gemeinsamen Grenzkontrollen.

An Brennpunkten illegaler Migration sowie an allen größeren Grenzübergängen sollen vermehrt gemeinsame grenzpolizeiliche Expertenteams eingesetzt werden. Hierfür müssen die Mitgliedstaaten der Agentur mehr Personal zur Verfügung stellen.

3. Die äußere Dimension gestalten

Die Terroranschläge von New York, Madrid und London zeigen, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwinden. Die Wurzeln unserer Bedrohungen liegen hierbei oft außerhalb der Europäischen Union. Die Mitgliedstaaten müssen deshalb gerade in den Außenbeziehungen noch enger zusammenarbeiten, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zukünftig zu gewährleisten. Es liegt im elementaren Sicherheitsinteresse der Europäischen Union, den Dialog mit den Vereinigten Staaten, Russland, ihren Nachbarn und den übrigen Staaten dieser Welt zu suchen und zu führen.

Bei der Behandlung international bedeutender Sicherheitsfragen ist es besonders wichtig, eng und vertrauensvoll mit den Vereinigten Staaten zu kooperieren. Herausforderungen, wie zum Beispiel die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, betreffen die Vereinigten Staaten und Europa gleichermaßen, und wir können sie nur gemeinsam lösen. Die deutsche Präsidentschaft möchte daher die strategisch wichtigen transatlantischen Beziehungen weiter stärken. Mit Russland soll die Partnerschaft im Rahmen des 2005 vereinbarten „Zeitplans zum Gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ vertieft werden. Die Verhandlungen über die Nachfolge des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens wollen wir zügig beginnen. In Bereichen, die für die Vereinigten Staaten, Russland

und die EU von gemeinsamem Interesse sind, werden wir eine enge trilaterale Zusammenarbeit anstreben.

Einen weiteren Schwerpunkt wird Deutschland auf die Zusammenarbeit mit der Ukraine und Moldau legen, die mit dem Beitritt Rumäniens noch näher an die EU herangerückt sind. Dabei werden in der Zusammenarbeit mit unseren osteuropäischen Partnern sowohl Fragen der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung der illegalen Migration als auch eine enge Kooperation im Bereich Grenzschutz, Polizei, Flüchtlingsschutz und Dokumentensicherheit eine wichtige Rolle spielen.

Darüber hinaus wollen wir die innenpolitische Zusammenarbeit auch mit allen weiteren Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik stärken. Wir wollen dadurch einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie leisten. Diese sieht insbesondere die Schaffung eines Rings verantwortungsvoll regierter Staaten von den östlichen Grenzen der Europäischen Union bis zum Mittelmeer vor. Die deutsche Präsidentschaft wird deshalb auch das in der portugiesischen Präsidentschaft geplante EUROMED-Migrations-Ministertreffen zur Zusammenarbeit im Mittelmeerraum nachhaltig unterstützen und die vorbereitenden Arbeiten vorantreiben.

In diesem Zusammenhang werden wir auch den Gesamtansatz Migration konsequent weiterverfolgen. Nur durch eine echte Partnerschaft zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern können die illegale Migration und die Schleuserkriminalität wirksam bekämpft werden.

4. Verwaltungszusammenarbeit stärken

Uns liegt viel daran, dass unsere Verwaltungen auch in innenpolitischen Themen, die über das Haager Programm hinausgehen, eng zusammenarbeiten.

Leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung

Wir wollen das Europäische Netz öffentlicher Verwaltungen (EUPAN) weiterentwickeln. In diesem Forum wollen wir die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den öffentlichen Dienst untersuchen, Erfahrungen über Leistungsorientierung

und Mobilität austauschen sowie Leitlinien zur Messung der Kundenzufriedenheit entwickeln. Wir streben außerdem an, den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst in Europa zu intensivieren.

Binnenmarktvorhaben wie zum Beispiel jüngst die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordern eine stärkere europäische Verwaltungszusammenarbeit und europäische Verwaltungsdienstleistungen. Wir unterstützen daher die Europäische Kommission bei der Umsetzung des i2010-Aktionsplans E-Government. Neben der Schaffung eines europäischen Rahmens für sichere elektronische Identifizierungen richten wir unser besonderes Augenmerk auf die Förderung offener und standardisierter Dokumentenaustauschformate in Europa.

Doping bekämpfen

Wir wollen die Zusammenarbeit der nationalen Dopingagenturen in Europa stärken. Hierzu soll ein Netzwerk gebildet werden, das Mindeststandards bei der Dopingbekämpfung schafft.

Datenschutz, Europawahlen und Statistik

Der deutsche Vorsitz strebt an, die Anwendung der EG-Datenschutzrichtlinie zu vereinfachen, und wird die Regelungen zu Meldepflichten und zur Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden untersuchen. Wir setzen uns dafür ein, dass die durch europäische Statistiken verursachten Kosten transparent werden. Neue Statistiken sollen nur angeordnet werden, wenn sie nicht die Leistungsfähigkeit der nationalen Behörden übersteigen.

Wir wollen den Verwaltungsaufwand bei Wahlen zum Europäischen Parlament erheblich verringern. Dazu soll der aufwändige Informationsaustausch zwischen Herkunfts- und Wohnsitzmitgliedstaat reduziert werden.

Wir wollen die Beratungen über die für 2010/11 geplante Volkszählung in Europa zügig voranbringen, damit die Mitgliedstaaten sich rechtzeitig auf die Vorgaben der EU einstellen können. Wir wollen eine Lösung finden, die den Bedarf der Gemeinschaft an statistischen Grunddaten deckt, den Mitgliedstaaten aber die Wahl der geeigneten Zensusmethode überlässt.

5. Integration und interkulturellen Dialog fördern

Die gelungene Integration von Zuwanderern nach Europa ist Bedingung für gutes und friedliches Zusammenleben. Die meisten Zuwanderer sind gut integriert. Die vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass in einigen Mitgliedstaaten die zweite und dritte Generation der Zuwanderer beachtliche Probleme haben. Wir setzen uns für eine Politik des „Förderns und Forderns“ ein. Nur wenn es allen Migranten gelingt, die Sprache des Aufenthaltslandes zu lernen, Bildungsabschlüsse zu erwerben und die Grundregeln unseres Zusammenlebens zu akzeptieren, wird Integration dauerhaft gelingen.

Die Situation der Einwanderer ist nicht in allen Mitgliedstaaten gleich, was Herkunft, Bildung und Sprachkenntnisse angeht. Der interkulturelle Dialog geht uns jedoch alle an. Deshalb können wir ihn auch auf europäischer Ebene fördern. Ein solcher Dialog kann uns helfen, langfristig friedlich miteinander zu leben.

Auch der Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und zum interkulturellen Dialog. Wir werden auch hier unsere Verantwortung wahrnehmen.

Integrationspolitik weiterentwickeln

Wir wollen den Dialog und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten fortsetzen und intensivieren. Dabei werden wir an die Schlussfolgerungen des Rates Justiz und Inneres vom 1./2. Dezember 2005 zur gemeinsamen Integrationsagenda anknüpfen.

Es ist unser Ziel, die dort genannten europäischen und nationalen Maßnahmen umzusetzen, um Migranten in unseren Ländern wirtschaftliche, soziale sowie gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit zu gewährleisten. Wir müssen Migration und Integration als Chance für unsere Gesellschaften begreifen.

Der deutsche Vorsitz will die auf der Konferenz in Groningen im November 2004 eingeleitete Debatte fortführen und die für Integration zuständigen Minister aller EU-Länder zu einem Treffen in Potsdam einladen. Das Treffen soll dazu dienen, die europäische Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und Erfahrungen auszutauschen.

Interkulturellen Dialog fördern

Ein regelmäßiger Austausch ist für ein verständnisvolles und friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen unverzichtbar. Auf europäischer Ebene können wir ergänzend zu nationalen Bemühungen einen Beitrag leisten.

Der Anteil der muslimischen Bevölkerung wird in vielen Mitgliedstaaten weiter wachsen. Deshalb ist das offene Gespräch mit dem Islam in Europa besonders wichtig. Unser Ziel ist, damit das gegenseitige Verständnis zu fördern und die Akzeptanz unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnungen zu stärken.

Wir beabsichtigen, dass die Mitgliedstaaten sich regelmäßig über Erfolge, Strategien und Probleme im Zusammenleben mit Muslimen austauschen. Dabei wollen wir zum Beispiel Religionsausübung in öffentlichen Räumen wie Schulen, sonstigen Bildungseinrichtungen oder in der Verwaltung diskutieren. Mehrere Mitgliedstaaten haben bereits Erfahrungen mit einem strukturierten Dialog mit muslimischen Vertretern gemacht. Diese Erfahrungen können in einen regelmäßigen interkulturellen Dialog auf europäischer Ebene einfließen.

6. Zukunft der europäischen Innenpolitik

In Teilen erstmals 1992 im Vertrag über die EU geregelt, hat sich die innenpolitische Zusammenarbeit bis heute erheblich ausgeweitet. Sie umfasst mittlerweile unter anderem Polizei, Grenzschutz, Freizügigkeit sowie Visum-, Asyl- und Migrationsfragen. In kurzer Zeit ist die europäische Innenpolitik so komplex geworden, dass Bürgerinnen und Bürger sie kaum noch nachvollziehen können.

Seit 2004 sind die Ziele und Leitlinien europäischer Innenpolitik im „Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union“ geregelt. Dieses Programm läuft Ende 2009 aus.

2007 und 2008 bietet sich die Gelegenheit, vor den eigentlichen Verhandlungen über das neue Mehrjahresprogramm eine Orientierungsdebatte über die künftige Gestaltung der europäischen Innenpolitik zu führen. Diese sollte transparent sein, alle Aspekte der europäischen Innenpolitik berücksichtigen und auch externen Sachverstand einbeziehen. Die neu gebildeten Trio-Präsidentschaften gewährleisten, dass die Diskussion in einem beständigen Rahmen geführt werden kann.

Dabei geht es uns nicht um eine Diskussion des Primärrechts. Hinsichtlich der Verfahren und Kompetenzen bringt nämlich der europäische Verfassungsvertrag gerade für die Entscheidungsfindung im innenpolitischen Bereich Verbesserungen: Der Vertrag sieht vor, die Anzahl der Handlungsformen zu verringern und die Entscheidungen weitgehend mehrheitlich zu treffen. Außerdem definiert er erstmals systematisch Kompetenzen der Europäischen Union.

Wir wollen deshalb unabhängig vom Fortgang der Beratungen zum Verfassungsvertrag und unterhalb der Ebene des Primärrechts eine politische Debatte über Verbesserungen anstoßen. Wir streben eine europäische Innenpolitik an, die verständlicher, effizienter und kohärenter ist. Wir wollen in einem offenen, informellen Diskurs erstens ausloten, wo wir in Europa enger zusammenarbeiten können, weil ein Mehrwert zu nationalen Maßnahmen besteht. Zweitens analysieren, wo Maßnahmen auf nationaler Ebene ausreichen und politische Spielräume der Mitgliedstaaten erhalten bleiben sollen. Und drittens bestimmen, was wir auf europäischer Ebene einfacher und übersichtlicher gestalten können.

Beim informellen Ministertreffen in Dresden werden wir hierzu gemeinsam erste grundsätzliche Überlegungen anstellen und festlegen, in welchem Rahmen wir die Diskussion führen können.

Living Europe Safely

Work programme of the
Federal Ministry of the Interior
for the German EU Presidency
in the first half of 2007



Foreword

Dear Reader,

I am pleased to present the work programme of the Federal Ministry of the Interior for the German EU Presidency in the first half of 2007.

The 50-year history of European union is a success we can all be proud of: Through integration, common interests and joint action, we Europeans have achieved a more secure peace and greater prosperity than ever in our history. If we want to maintain our position in the world of the 21st century, we need not less but more Europe.

Expanding the area of freedom, security and justice is one priority of the Federal Government's work programme. For this reason, the leitmotiv of the Federal Ministry of the Interior during the German EU Presidency is "**Living Europe Safely**".

On European domestic policy, we will make effective use of existing instruments and expand them as needed rather than constantly developing new initiatives. On the one hand, we intend to strengthen and consolidate practical cooperation. On the other, we will give priority to integration policy and to encouraging intercultural dialogue. In my view, it is also important that we, together with the European Commission and the Member States, give new impetus to shaping future European domestic policy.

To carry out these aims, the German EU Presidency will hold a number of informal conferences in addition to the regular Council meetings. These include:

- the Informal Meeting of Justice and Home Affairs Ministers, 14–16 January 2007 in Dresden,
- the Conference of Ministers Responsible for Sport, 12–13 March 2007 in Stuttgart,
- the Conference of Ministers Responsible for Integration, 10–11 May 2007 in Potsdam,
- and the Conference of Ministers Responsible for the Public Service and Public Administration, 22 June 2007 in Berlin.

In addition to this work programme, over the coming months you will find extensive information on Germany's EU Presidency on the websites of the Federal Ministry of the Interior at www.bmi.bund.de and www.eu2007.bmi.bund.de.

Thank you for your interest, and I hope you enjoy your reading.

Sincerely,

Dr Wolfgang Schäuble MP
Federal Minister of the Interior

Contents

Living Europe Safely	28
Work programme of the Federal Ministry of the Interior for the German EU Presidency in the first half of 2007	28
1. Fighting international terrorism and cross-border crime	29
Strengthening Europol	29
Transposing the Treaty of Prüm into European legislation	30
Fighting threats on the Internet	30
Making information systems more secure	31
Connecting new Member States to the Schengen Information System	31
Using biometrics to make identity documents more secure	31
Protecting critical infrastructures	32
Enhancing disaster management and civil protection	32
Transmitting airline passenger data	32
2. Managing migration together	32
Fighting illegal migration; preventing visa fraud	33
Improving returns	33
Protecting refugees – expanding cooperation	34
Managing legal immigration	34
Protecting the external borders – strengthening FRONTEX	34
3. Shaping the dimension of external relations	35
4. Strengthening administrative cooperation	36
Efficient administration which is responsive to citizens' needs	36
Taking action against doping	36
Data protection, European elections and statistics	37
5. Promoting integration and intercultural dialogue	37
Further developing integration policy	38
Promoting intercultural dialogue	38
6. The future of European domestic policy	39

Living Europe Safely

Work programme of the Federal Ministry of the Interior for the German EU Presidency in the first half of 2007

European unification has brought us freedom and prosperity. We can travel largely without having to show our passports, and we can live and work in other EU countries. Thanks to European unification and to technological progress, we face fewer borders today than ever before. People, goods and services have become more mobile.

But freedoms can also be misused. In the interests of Europe's citizens, we must therefore make sure that terrorists, human smugglers and criminals do not take advantage of open borders. To do this, we in Europe must work closely together.

Our most pressing task is safeguarding freedom and security.

In this effort, our domestic security is inseparably linked to foreign security. Attacks in New York, Madrid and London have shown that terrorists may select targets anywhere in the world. For this reason, it is in the EU's own interest to engage in a dialogue with its neighbours and other countries around the world.

Against this background, the Federal Ministry of the Interior has chosen "Living Europe Safely" as its motto during the German EU Presidency in the first half of 2007. This motto is intended to convey the challenge we have set for ourselves and the expectations Europe's citizens have of Europe.

Our policy focuses on the interests of citizens. Our programme thus concentrates on the following issues:

We want to fight international terrorism and cross-border crime more effectively, manage migration together, and make progress on integration and intercultural dialogue.

To achieve this, we want to strengthen cooperation on home affairs, continue ongoing projects and achieve practical results. We are guided by implementing the Hague Programme, which has defined the goals for home affairs since 2004.

Further, we want to provide impetus for the future of European internal policy. The Hague Programme ends in 2009. Then we will need a new programme to examine and set the priorities of European domestic policy in view of new challenges. We would like to initiate this discussion during the German Presidency. We find it very important for the Member States and the Union to agree on who will act and who will bear political responsibility. Only in this way can European domestic policy become more understandable, coherent and responsive to citizens' needs. Our goal is to link unity with diversity in a meaningful way.

1. Fighting international terrorism and cross-border crime

International terrorism threatens the European Union; it threatens peace and the international order. We will win the fight against terrorism only if we in Europe work closely together. Our law enforcement and security agencies must share their information with each other. For them to do so, we need a European information network and the rapid introduction of the new Schengen Information System. Our police officers and border guards must also work more closely with each other. We need joint patrols and investigative teams in order to achieve practical results. In these teams, officers from other Member States must be able to exercise executive powers.

The 2006 World Cup in Germany is one example of how much we can profit from cooperation among our police forces. More than 500 police officers from 12 EU Member States helped us organize a safe World Cup.

Strengthening Europol

We want to strengthen the European police office Europol so that it can better support the police forces of the Member States in fighting serious international crime. To this end, we need to give Europol more authority and more staff. Some changes may require amendments to the legislative framework. For example, we would like to make Europol responsible for fighting all forms of serious, cross-border crime, such as serious violations of public security caused by hooligans and other violent persons while travelling, or murders by a serial killer acting in more than one Member State.

All the changes concerning Europol are intended to help us do a better job of catching criminals. National police officers need to know that they can turn to Europol for help with fighting cross-border crime, for example Internet monitoring or assessing data on terrorist organizations.

We are doing everything in our power to break up terrorist networks at an early stage. To prevent attacks, we need to share information about Islamist groups, for example. This is why all national law enforcement agencies should have access to Europol's data. Joint investigative teams made up of officers from Europol and the Member States are essential to fighting international terrorism. We are therefore pushing for the Member States to implement the necessary amending protocols to the Europol Convention during our presidency.

Transposing the Treaty of Prüm into European legislation

Criminals must not have a chance to escape prosecution simply by crossing a border. This is why we are working to have the provisions of the Treaty of Prüm on fighting terrorism, cross-border crime and illegal migration, which were adopted by seven Member States in 2005, transposed into EU law. This would give all Member States access to DNA and fingerprint data and vehicle registries, for example, and would allow them to ask other Member States for reinforcements in case of major events such as international sport competitions.

During the 2006 World Cup, giving guest officers executive powers (for example to check identities or take persons into temporary custody) proved particularly effective. Foreign officers were able to intervene with fans from their own country, thereby providing real assistance to the German police. We would therefore like to have this possibility introduced Europe-wide for all major events and for joint patrols along the internal borders.

Fighting threats on the Internet

We would like deeper cooperation on monitoring and analysing Internet activity by terrorist organizations ("Check the Web"). To this end, the Member States should coordinate their efforts more closely with an eye to the various language and technical skills of their security authorities. At Europol, an Internet portal is to be set up where the Member States can share information.

Making information systems more secure

It is impossible to imagine modern life without the Internet, e-mail or mobile telephones. They help make information available anywhere, anytime. The European economy depends on the secure transmission of such information. Together, the state, the private sector and individual citizens are responsible for the security of information technology (IT). The division of responsibility between the state and the private sector will be one emphasis of the European IT security conference during the German presidency. Together with the European Commission, we will also work to make sure we have a comprehensive system to warn users and producers in Europe of computer viruses and other security risks.

Connecting new Member States to the Schengen Information System

We know that for the new Member States, closing down the last checkpoint on the internal border symbolizes EU membership. We therefore consider it very important to be able to travel soon between the old and new Member States without border checks. To open the borders, all Member States need to be connected to the Schengen Information System (SIS). This system allows law enforcement agencies to identify persons wanted on arrest warrants and persons subject to entry bans, as well as stolen vehicles. We are therefore in favour of "SIS I for all", which would allow the new Member States access as quickly as possible. In the interest of security for our citizens, we will continue to work hard to introduce the expanded SIS II, with its additional capacity for features such as fingerprint and photograph data.

Using biometrics to make identity documents more secure

Biometric features such as digitized photos or fingerprints make it harder to forge or falsify identity documents. They make it possible to check databases quickly, so that the identity of document holders can be reliably verified. We want to harmonize the use of biometrics in visas, passports, residence permits and identity documents in the EU. We will also work to see that third countries include biometric features in their travel documents.

Protecting critical infrastructures

We need better protection for critical infrastructures in Europe. Our supply of key utilities, such as electricity, is increasingly interconnected. And on more than one occasion, we have discovered that a blackout in one European country can shut down the power grids in neighbouring countries. This is why we want to supplement current EU measures to protect aviation and maritime traffic by adding special measures for protecting critical infrastructures. We hope during our presidency to encourage progress on the European Programme for Critical Infrastructure Protection put forward by the Commission and the proposed directive. First, we need to analyse the threats and costs and then decide which infrastructures should have priority. When choosing protection measures, we must take into account the particularities of certain infrastructures and the likely expenses.

Enhancing disaster management and civil protection

In case of disaster, it is imperative to provide rapid and unbureaucratic assistance. We will work to enhance the role of the EU Monitoring and Information Centre (MIC) in coordinating relief missions within and beyond the EU. We also want to promote cooperation and experience-sharing between the Member States in dealing with chemical accidents. Due to the need for decontamination, such threats place special demands on emergency personnel and can easily develop into major disasters with cross-border impacts.

Transmitting airline passenger data

The agreement with the United States on transmitting airline passenger data expires on 31 July 2007. The German Presidency will strive to achieve a new and lasting pact.

2. Managing migration together

The European Union and its Member States face enormous pressure from illegal immigration, as people from third countries seek to enter the EU, often at risk to their lives and by relying on human smugglers who take advantage of them. The images of migrants and refugees in flimsy vessels heading for the Canary Islands or Lampedusa have made us aware of this situation in a dramatic way. Illegal immigrants are trying

to get in not only via the EU's southern sea borders, but also at its eastern and south-eastern land borders. Our measures against illegal immigration can be effective only if we in Europe work together. This is why it is important to actively design a Europe-wide migration policy and work together on managing migration. In doing so, we must pay attention to the Member States' different needs. We must find a way for Member States to meet their immigration needs without causing problems for other states, while forming a common front against illegal migration.

A common European approach to managing migration must analyse the reasons for migration and flight, fight poverty in the migrants' countries of origin and provide humanitarian aid. It is also important to do a better job of protecting migrants in transit countries. At the same time, the countries of origin must fulfil their obligations under international law to re-admit their nationals.

Fighting illegal migration; preventing visa fraud

Visa policy is a key instrument in managing and controlling migration. In this effort, it is especially important for the Schengen partners to adhere to a uniform practice for issuing visas. For this reason, we would like to actively push the reform of the common visa law by means of a "visa code". Further, the legal prerequisites for closer cooperation between consulates of the Schengen partners need to be created.

The Visa Information System (VIS) makes it possible to record and compare data of visa applicants, including fingerprints and photographs. The VIS should therefore become a key element in fighting illegal migration and "visa shopping" as well as international terrorism and organized crime. We will work to make progress on the legal basis for the VIS and to make sure that the technical prerequisites are fulfilled for the VIS central unit in Strasbourg to begin operations, that the Member States are connected without delay and that police and security authorities have access to the VIS.

Improving returns

We want to improve returns of third-country nationals obligated to leave the country. Here the EU needs to work closely with the third countries. We will also evaluate the European Commission's negotiations so far on readmission agreements with third countries. We want to continue the practice of Member States' joint return flights. The European border management agency FRONTEX should provide support for these flights.

Protecting refugees – expanding cooperation

Our goal is to protect refugees and prevent fraud. This is why we want to see the Member States apply provisions regarding law on asylum and refugees uniformly; in order to make sure this happens, we want to expand practical cooperation among the Member States' asylum authorities. We will support the European Commission in evaluating the legal acts of the first phase of harmonization and initiate the discussion on what form the second phase of harmonization should take with the Commission's presentation of its Green Paper on harmonizing asylum law.

Managing legal immigration

The planned strategy presented by the European Commission provides the basis for further discussion of the necessity, extent and contents of European regulations in the field of legal migration. Although the European Commission will not present its initial proposals until the second half of 2007, we will continue to contribute actively to the discussion of possible EU measures with regard to a European strategy on legal immigration. This includes our proposal to build on and promote circular migration as an instrument of migration and development policy. In the field of labour migration, the Member States must be guaranteed comprehensive flexibility so that differing labour market conditions in the various Member States can be taken into account.

Protecting the external borders – strengthening FRONTEX

Effective protection of the EU's common external borders is essential in order to deal effectively with illegal immigration and human trafficking. The individual Member States are responsible for protecting the external borders. But FRONTEX also plays a key role in this effort. This is why we would like to significantly strengthen FRONTEX. This means quickly adopting and implementing the legal basis for setting up rapid intervention teams and giving guest officers executive powers when serving in joint border patrols.

More joint teams of border policing specialists should be deployed wherever there is a high incidence of attempted illegal entry and at all larger border checkpoints. To this end, the Member States must provide the agency with more staff.

3. Shaping the dimension of external relations

Terrorist attacks in New York, Madrid and London have shown that the boundaries between internal and external security are disappearing. The threats we face often have roots outside the European Union. As a result, the Member States must work even more closely together, particularly in the field of external relations in order to safeguard the security of their citizens in the future. Maintaining a dialogue with its neighbours, with the United States, Russia and the remaining countries of the world lies in the basic security interest of the European Union.

When dealing with security issues of international significance, it is especially important to cooperate with the US closely and on the basis of mutual trust. Challenges such as fighting international terrorism affect the US and Europe equally, and we can only deal with them together. The German Presidency would therefore like to strengthen further the strategically important transatlantic relationship. Partnership with Russia is to be deepened within the context of the Road Map to the Common Space of Freedom, Security and Justice adopted in 2005. We want to begin negotiations on the successor to the partnership and cooperation agreement without delay. We will seek close trilateral cooperation in areas where the US, Russia and the EU have common interests.

Another priority for Germany will be cooperation with Ukraine and Moldova, which will move closer to the EU following Romania's accession. Counter-terrorism and combating illegal migration will play an important role in cooperation with our East European partners, as will close collaboration in the fields of border management, police, refugee protection and document security.

Further, we want to strengthen domestic policy collaboration with all the remaining states involved in the European Neighbourhood Policy. We hope in this way to make a significant contribution to implementing the European Security Strategy. This strategy aims in particular at creating a ring of responsibly governed states stretching from the eastern borders of the European Union to the Mediterranean Sea. The German Presidency therefore remains committed to the EUROMED meeting of immigration ministers that was planned during the Portuguese Presidency for the purpose of cooperation in the Mediterranean region, and will push for progress on the preparatory efforts.

To this end, we will also continue consistently to pursue the Global Approach to Migration. Illegal migration and human smuggling can be combated effectively only through real partnership between the countries of origin, transit and destination.

4. Strengthening administrative cooperation

We place great importance on our public administrations working closely together also on domestic policy issues that go beyond the Hague Programme.

Efficient administration which is responsive to citizens' needs

We want to expand the European Public Administration Network (EUPAN). Within this forum, we want to examine the impact of demographic change on the public service, share experience on performance orientation and mobility, and develop guidelines on measuring client satisfaction. We also strive to intensify the dialogue between public service employers and employees in Europe.

Projects affecting the internal market, such as the recent implementation of the Services Directive, demand greater European administrative cooperation and European administrative services. We therefore support the European Commission in implementing the i2010 eGovernment Action Plan. In addition to creating a European framework for secure electronic identification, we will especially focus on promoting open and standard document formats for file-sharing in Europe.

Taking action against doping

We want to strengthen cooperation among the national anti-doping agencies in Europe by building a network to create minimum standards for anti-doping efforts.

Data protection, European elections and statistics

The German Presidency hopes to simplify the application of the EU Data Protection Directive and will examine its provisions on reporting requirements and the independence of the supervisory authorities. We will work to make the costs of European statistics more transparent. New statistics should be ordered only when reporting does not exceed the ability of the national agencies.

We want to significantly reduce the administrative effort required by elections to the European Parliament. To achieve this, the time-consuming exchange of information between the Member State of origin and of residence needs to be reduced.

We want to press ahead with the consultations on the European census planned for 2010/11 so that the Member States can fulfil the EU requirements in time. We want to find a solution that meets the Community's needs for basic statistical data while allowing the Member States to choose the census method that is appropriate for them.

5. Promoting integration and intercultural dialogue

Good and peaceful coexistence depends on the successful integration of immigrants to Europe. Most immigrants are well-integrated. But in recent years it has become apparent that in some Member States, second- and third-generation immigrants have serious problems. We will work on behalf of a policy to assist immigrants while placing certain demands on them: Integration will be a lasting success only when all migrants are able to learn the language of their country of residence, to complete their education, and to accept the basic rules of coexistence in our countries.

The situation of immigrants differs in the various Member States with regard to origin, education and language skills. But intercultural dialogue concerns all of us. This is why we can also encourage this dialogue at European level. Intercultural dialogue can help us live together in peace for the long term.

Sport can also make an important contribution to integration and intercultural dialogue. We will fulfil our responsibilities also in this area.

Further developing integration policy

We want to continue and intensify the dialogue and sharing of experience among the Member States. To do so, we will follow up on the conclusions of the JHA Council of 1-2 December 2005 regarding the Common Agenda on Integration. Our goal is to implement the European and national measures outlined there in order to provide migrants in our countries the chance to participate equally in economic and social terms. We must learn to regard migration and integration as an opportunity for our societies.

The German Presidency will carry on the debate initiated at the conference in Groningen in November 2004 and will invite the EU Member States' ministers responsible for integration to a meeting in Potsdam. This meeting is intended to further develop European cooperation and to share experience.

Promoting intercultural dialogue

Sharing views on a regular basis is crucial for different cultures and religions to be able to live together in peace and understanding. We can contribute at European level to national efforts.

The Muslim population will continue to grow in many Member States. It is therefore especially important to engage in an open dialogue with Islam in Europe. Our aim is to promote mutual understanding and increase acceptance for our liberal democratic societies.

Our intention is that the Member States will regularly share their experiences regarding their successes, strategies and difficulties in living with Muslims, for example discussing the practice of religion in public buildings such as schools, other educational institutions or in the public administration. Several Member States have already initiated a structured dialogue with representatives of their Muslim communities. Their experiences could be incorporated into an intercultural dialogue at European level.

6. The future of European domestic policy

First covered in part by the 1992 Treaty on European Union, domestic policy cooperation has since expanded considerably. It now includes law enforcement, border management, freedom of movement and visa, asylum and migration issues, among others. Within a short time, European internal policy has become so complex that citizens can hardly understand it.

Since 2004, the aims and guidelines for European internal policy have been dealt with in the Hague Programme on strengthening freedom, security and justice in the European Union. The Hague Programme ends in 2009.

In 2007 and 2008, we will have the opportunity to debate the future of European domestic policy ahead of the negotiations on the new multi-annual programme. This debate needs to be transparent, to cover all aspects of European domestic policy and draw on external expertise. The newly formed trio presidencies ensure that this discussion will be conducted within a long-term framework.

We are not interested in a discussion of primary legislation; the European Constitutional Treaty provides improvements with regard to procedures and competences precisely in the area of domestic policy. The treaty calls for reducing the number of procedures and making the majority of decisions via majority; it also systematically defines competences of the European Union for the first time.

Independent of what happens with the consultations on the Constitutional Treaty and below the level of primary legislation, therefore, we would like to initiate a policy debate on improvements.

We are aiming for a European domestic policy that is more efficient, coherent and easier to understand. First, in an open, informal forum we want to explore where we can work together more closely in Europe, because doing so provides added value to national measures. Second, we would like to analyse where national measures are sufficient and where Member States should retain policy discretion. And third, we hope to determine what can be managed more simply and clearly at European level.

At the informal ministerial meeting in Dresden we will jointly address this issue and decide on a framework for discussion.

L'Europe, bien sûre

Programme de travail
du ministère fédéral de l'Intérieur
pour la présidence allemande
du Conseil de l'UE durant
le premier semestre de 2007



Préface

Chers lecteurs,

Permettez-moi de vous présenter le programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence allemande du Conseil de l'UE pendant le premier semestre de 2007.

Ces cinquante ans d'unification européenne sont un succès pour nous tous : grâce à l'intégration, à la fédération de nos intérêts communs, à notre action conjointe, nous, les Européens, avons atteint un niveau de paix et de prospérité inégalé dans l'histoire. Notre réussite dans le monde du 21ème siècle ne passe pas par moins d'Europe, mais par plus d'Europe.

Le développement de l'espace de liberté, de sécurité et de justice est un axe important du programme de travail du Gouvernement fédéral. Aussi, le ministère fédéral de l'Intérieur a-t-il choisi, pour sa présidence du Conseil, le *leitmotiv* : **L'Europe, bien sûre.**

Nous allons utiliser les instruments existants de la politique intérieure européenne dans un souci d'efficacité, et les étendre, plutôt que de lancer à chaque fois de nouvelles initiatives. Nous avons d'une part l'intention d'intensifier et de consolider la coopération pratique. D'autre part, nous comptons mettre un accent sur la politique de l'intégration et la promotion du dialogue interculturel. Je tiens particulièrement à parvenir, en association avec la Commission européenne et les Etats membres, à donner un nouvel élan à la conception future de la politique intérieure européenne.

En vue de réaliser ces objectifs, la présidence allemande du Conseil organisera toute une série de conférences informelles – à côté des réunions régulières du Conseil –, dont :

- la réunion informelle des ministres de la Justice et des Affaires Intérieures, du 14 au 16 janvier 2007 à Dresde,
- la conférence des ministres en charge du sport, les 12 et 13 mars 2007 à Stuttgart,
- la conférence des ministres en charge de l'intégration, les 10 et 11 mai 2007 à Potsdam,
- la conférence des ministres en charge de l'administration et de la fonction publique, le 22 juin 2007 à Berlin.

Le site web du ministère fédéral de l'Intérieur (www.bmi.bund.de et www.eu2007.bmi.bund.de) vous offrira, dans les mois à venir, non seulement le programme de travail, mais vous donnera également des informations détaillées sur la présidence allemande du Conseil.

Merci de votre intérêt et bonne lecture !

Dr. Wolfgang Schäuble
Député du Bundestag
Ministre fédéral de l'Intérieur

Sommaire

L'Europe, bien sûre	46
Programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence allemande du Conseil de l'UE durant le premier semestre de 2007	46
1. Lutter contre le terrorisme international et la criminalité transfrontalière	47
Renforcer Europol	48
Transposer le Traité de Prüm dans le cadre juridique européen	48
Lutter contre la criminalité par Internet	49
Sécuriser les systèmes informatiques	49
Rattacher les nouveaux Etats membres au système d'information Schengen	50
Sécuriser les papiers d'identité par des procédés biométriques	50
Protéger les infrastructures vitales	50
Faire évoluer la protection civile	51
Transmission de données sur les passagers	51
2. Gérer ensemble les migrations	51
Combattre les migrations clandestines ; empêcher la fraude aux visas	52
Améliorer les éloignements	52
Protéger les réfugiés – élargir la coopération	53
Gérer l'immigration légale	53
Protéger les frontières extérieures – renforcer FRONTEX	53
3. Elaborer la dimension extérieure	54
4. Renforcer la coopération dans le domaine administratif	55
Une administration performante et à l'écoute du citoyen	55
Lutter contre le dopage	56
Protection des données, élections européennes et statistiques	56
5. Promouvoir l'intégration et le dialogue interculturel	57
Développer la politique d'intégration	57
Promouvoir le dialogue interculturel	58
6. L'avenir de la politique intérieure européenne	58

L'Europe, bien sûre

Programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence allemande du Conseil de l'UE durant le premier semestre de 2007

L'unification européenne nous a apporté liberté et prospérité. Nous pouvons, dans une large mesure, circuler sans contrôle de passeport, et travailler et vivre dans les pays de l'UE. Grâce à l'unification européenne et au progrès technique, nous vivons aujourd'hui dans un univers sans frontières qui n'a jamais connu de pareil. Individus, marchandises et services sont devenus plus mobiles.

Or, les libertés ainsi acquises peuvent également être détournées. Aussi devons-nous veiller, dans l'intérêt des citoyennes et citoyens européens, à ne pas laisser le champ libre aux terroristes, passeurs et criminels. A cet égard, il y a lieu de travailler en étroite coopération au niveau européen. Notre mission prioritaire consiste à garantir la liberté et la sécurité.

Dans ce contexte, notre sécurité intérieure est liée indissociablement à la sécurité extérieure. Les attentats terroristes perpétrés à New York, à Madrid et à Londres prouvent que les conflits peuvent se dérouler n'importe où. C'est pourquoi, dans son propre intérêt, l'UE doit mener un dialogue avec ses voisins et avec les autres Etats de la planète.

C'est sur cette toile de fond qu'a été choisi le *leitmotiv* du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence allemande du Conseil de l'UE durant le premier semestre de 2007 : « L'Europe, bien sûre ». Il exprime le défi que nous avons à relever, et les attentes qu'ont les citoyens vis-à-vis de l'Europe.

Les intérêts des citoyens se trouvent au cœur même de notre politique. Notre programme se concentre, partant, sur les axes prioritaires suivants :

Nous souhaitons augmenter l'efficacité de la lutte contre le terrorisme international et la criminalité transfrontalière, nous voulons gérer ensemble les flux migratoires et nous avons l'ambition de faire avancer le dialogue interculturel.

Notre objectif est donc de renforcer la coopération au niveau intérieur, de poursuivre dans les projets déjà engagés et d'atteindre des succès pratiques. La mise en œuvre du programme de La Haye sera à cet égard notre repère, qui, depuis 2004, définit les objectifs en matière de politique intérieure de l'Europe.

En outre, nous comptons donner des impulsions pour l'avenir de la politique intérieure européenne. Le Programme de La Haye arrive à son terme en 2009. Nous aurons alors besoin d'un nouveau programme qui revoie les priorités de la politique intérieure européenne en vue des enjeux nouveaux, et qui les actualise. Nous voulons lancer ce débat sous la présidence allemande. Un enjeu nous tient particulièrement à cœur : que les Etats membres et l'Union se mettent d'accord pour décider qui agit et qui assume la responsabilité politique. Ce n'est qu'ainsi que la politique intérieure européenne deviendra plus compréhensible, plus cohérente et plus proche des citoyens. Notre objectif est d'allier de manière pertinente, unité et diversité.

1. Lutter contre le terrorisme international et la criminalité transfrontalière

Le terrorisme international constitue une menace pour l'Union européenne. Il représente un danger pour la paix et pour l'ordre international. Nous ne pouvons le combattre avec succès que si nous travaillons étroitement ensemble au niveau européen.

Nos polices et nos services de sécurité doivent échanger leurs renseignements et leurs données. Nous avons besoin pour cela d'un réseau d'informations européen et de la mise en place rapide du nouveau système d'information Schengen.

De plus, nos agents de police et garde-frontières doivent travailler encore plus étroitement ensemble. Afin d'arriver à des résultats concrets, nous avons besoin de patrouilles et d'équipes d'enquête mixtes, au sein desquelles les enquêteurs originaires d'autres Etats membres doivent pouvoir, eux aussi, exercer des compétences exécutives.

La Coupe du Monde en Allemagne illustre à quel point la coopération de nos polices nous a été bénéfique. Plus de 500 policiers originaires de 12 Etats membres de l'UE nous ont aidés à organiser une Coupe du Monde sûre.

Renforcer Europol

Nous voulons renforcer Europol, l'office européen de police, afin qu'il puisse aider plus efficacement les autorités de police des Etats membres à combattre les infractions internationales graves. Nous devons pour cela investir Europol de compétences élargies, et lui allouer davantage de personnel. Un certain nombre de changements impliqueront une modification du cadre juridique. Nous voulons par exemple que la lutte contre toutes les formes d'infractions transfrontalières graves relève à l'avenir de la compétence d'Europol. Ceci peut concerner par exemple des troubles graves de l'ordre public provoqués par des auteurs d'actes de violence ou des hooligans qui se déplacent ou des actes commis dans plusieurs Etats membres par des tueurs en série.

Tous les changements dont fera l'objet Europol poursuivent le même but : mieux réussir à remonter la piste des criminels. Les fonctionnaires de police nationaux doivent savoir que, en cas de criminalité transfrontalière, ils peuvent compter sur l'aide d'Europol, par exemple pour la surveillance du web, ou pour l'exploitation de données relatives à des associations terroristes.

Nous mettons tout en œuvre pour démanteler les réseaux terroristes à un stade précoce. Afin de prévenir les attentats, nous devons par exemple échanger des informations sur la mouvance islamiste. C'est pourquoi tous les services répressifs nationaux devraient pouvoir avoir accès aux données d'Europol.

Des équipes d'enquête mixtes composées d'agents des Etats membres et d'Europol sont indispensables dans la lutte contre le terrorisme international. C'est pourquoi nous nous employons à ce que, pendant notre présidence, les Etats membres transposent les protocoles pertinents modifiant la convention Europol.

Transposer le Traité de Prüm dans le cadre juridique européen

Les malfaiteurs ne doivent avoir aucune chance de se soustraire aux poursuites en traversant la frontière. C'est pourquoi nous nous employons à ce que soient transposées dans le cadre juridique de l'UE les dispositions du traité conclu en 2005 à Prüm (Eifel/Allemagne) entre sept Etats membres, en vue de lutter contre le terrorisme, la

criminalité transfrontalière et la migration illégale. Ceci permettrait par exemple à tous les Etats membres d'avoir mutuellement accès à leurs fichiers d'ADN et d'empreintes digitales et aux fichiers de véhicules, et de demander des renforts auprès d'autres Etats membres lors de manifestations de grande envergure, telles que les compétitions sportives internationales.

Pendant la Coupe du Monde de football, le transfert de compétences exécutives aux policiers des autres pays (p.ex. pour les contrôles d'identité ou pour une garde à vue) s'est avéré particulièrement efficace. Pouvant ainsi intervenir lorsqu'il s'agissait des supporters de leur pays, les policiers étrangers ont apporté une aide précieuse à la police allemande. C'est pourquoi nous voulons étendre cette possibilité à l'ensemble du territoire européen, pour toutes les manifestations de grande envergure, et pour des patrouilles mixtes aux frontières intérieures.

Lutter contre la criminalité par Internet

Nous voulons approfondir notre coopération dans la surveillance et l'analyse des sites Internet de structures terroristes (« check the web »). Il est prévu pour cela d'intensifier la concertation entre les Etats membres, en tenant compte de la compétence linguistique et des connaissances particulières de leurs services de sécurité. Au sein d'Europol, il est prévu de mettre en place un portail d'information, par le biais duquel les Etats membres pourront échanger des renseignements.

Sécuriser les systèmes informatiques

Il est difficile d'imaginer un monde sans Internet, courrier électronique et téléphone portable, autant de systèmes qui font que les informations sont disponibles partout. La sécurisation de leur transmission constitue un facteur déterminant de réussite pour l'économie européenne. La sécurité des technologies de l'information (TI) relève de la responsabilité conjointe des entreprises, des citoyens et de l'Etat. La répartition des responsabilités entre les entreprises et l'Etat sera le principal sujet de la conférence européenne sur la sécurité informatique durant la présidence allemande. Nous comptons en outre nous employer, avec la Commission européenne, à rendre possible une mise en garde des utilisateurs et des fabricants contre les virus informatiques ou autres risques pour la sécurité, et ce sur l'ensemble du territoire européen.

Rattacher les nouveaux Etats membres au système d'information Schengen

Nous savons que, pour les nouveaux Etats membres, la disparition des dernières barrières aux frontières intérieures symbolise leur adhésion à l'UE. C'est pourquoi nous sommes particulièrement désireux de pouvoir bientôt circuler sans contrôles entre les anciens et les nouveaux Etats membres. Or, l'ouverture des frontières implique que tous les Etats membres soient rattachés au système d'information Schengen (SIS), qui permet aux autorités de police d'identifier les personnes recherchées par mandat d'arrêt ou faisant l'objet d'un refus d'admission, ainsi que les véhicules volés. C'est pourquoi nous adhérons au principe d'un « SIS I pour tous », auquel les nouveaux Etats membres pourront, eux aussi, être rattachés dès que possible. Dans l'intérêt de la sécurité de nos citoyens, nous continuerons à nous investir avec détermination en faveur du système élargi (le SIS II), qui offre des possibilités supplémentaires, comme l'intégration des empreintes digitales et des photos.

Sécuriser les papiers d'identité par des procédés biométriques

Les éléments biométriques, comme les photos numérisées ou les empreintes digitales, constituent une protection supplémentaire contre la falsification des documents. Pouvant être comparés rapidement à des bases de données, ils permettent une identification fiable des personnes. Nous voulons harmoniser l'utilisation de la biométrie au sein de l'UE pour la délivrance de visas, de passeports, de titres de séjour et de papiers d'identité. Nous nous emploierons également à ce que les Etats tiers intègrent des éléments biométriques dans leurs documents de voyage.

Protéger les infrastructures vitales

Il importe de mieux protéger les infrastructures vitales en Europe. De plus en plus, notre approvisionnement, notamment en électricité, s'effectue par le biais de réseaux. A plusieurs reprises, nous avons dû faire l'expérience qu'une panne de courant dans un pays européen peut provoquer l'effondrement des réseaux dans les Etats voisins. C'est pourquoi nous voulons compléter les mesures déjà mises en place au sein de l'UE pour la protection du trafic aérien et maritime par des mesures de protection s'appliquant spécialement aux infrastructures vitales. Durant notre présidence, nous voulons faire progresser le programme européen de protection des infrastructures critiques (EPCIP) proposé par la Commission, ainsi que la proposition de directive. Pour ce faire, nous devons d'abord analyser les menaces et les coûts, puis déterminer quelle infrastructure doit être prioritairement protégée. Lors du choix des mesures de protection, nous devons prendre en compte les spécificités de certaines infrastructures et les coûts prévisionnels.

Faire évoluer la protection civile

En cas de catastrophe, les victimes doivent recevoir une aide rapide, sans bureaucratie inutile. Nous nous emploierons à améliorer le rôle du centre d'information et de suivi (MIC) de l'UE pour la coordination des interventions de secours à l'intérieur et à l'extérieur de l'Europe. Nous voulons en outre promouvoir une bonne interaction et l'échange d'expériences entre les Etats membres pour la gestion des accidents chimiques. Ces situations périlleuses, qui requièrent des capacités particulières de la part des équipes d'intervention en raison des aspects liés à la décontamination, peuvent rapidement se transformer en catastrophe majeure, avec des conséquences transfrontalières.

Transmission de données sur les passagers

L'accord conclu avec les Etats-Unis sur la transmission des données relatives aux passagers de vols expire le 31 juillet 2007. La présidence allemande s'emploiera à conclure un nouvel accord durable.

2. Gérer ensemble les migrations

L'Union européenne et ses Etats membres sont une destination privilégiée de l'immigration clandestine. Des personnes en provenance d'Etats tiers tentent d'atteindre l'UE, souvent au péril de leur vie et avec la soi-disant aide de filières criminelles qui les exploitent. Les images de migrants et de réfugiés débarquant aux Canaries ou à Lampedusa sur des embarcations de fortune nous ont fait prendre conscience de la situation de manière dramatique. Mais l'immigration clandestine ne passe pas seulement par les frontières maritimes du sud, mais aussi par les frontières terrestres de l'est et du sud-est de l'UE. En Europe, nous ne pourrions faire face efficacement à la migration clandestine que si nous agissons ensemble. C'est pourquoi il est important d'élaborer activement une politique en matière de migration applicable au niveau européen, et de gérer la migration en unissant nos forces. Nous devons pour cela prendre en compte les attentes différentes des Etats membres. Nous devons trouver une solution qui permette aux Etats membres de couvrir leurs besoins liés à l'immigration, sans que cela ait d'impact négatif sur les autres Etats, tout en nous donnant les moyens de combattre ensemble les migrations clandestines.

Une approche européenne commune en matière de migration devra consister à analyser les causes de mouvements de migration et de fuite, à combattre la pauvreté dans les pays d'origine, et à fournir une aide humanitaire. Il est également important que les migrants soient mieux protégés dans les pays de transit. De leur côté, les pays d'origine doivent respecter leurs obligations relatives à la réadmission de leurs ressortissants, obligations inscrites dans le droit international.

Combattre la migration clandestine ; empêcher la fraude aux visas

La politique en matière de visas constitue un instrument central pour la gestion et le contrôle de la migration. Il est particulièrement important, dans ce contexte, que les partenaires Schengen adoptent une pratique harmonisée pour la délivrance des visas. C'est pourquoi nous nous emploierons activement à faire progresser la réforme de la législation commune en matière de visas, par un « code des visas ». Il est en outre prévu de créer les conditions juridiques permettant aux consulats des partenaires Schengen de travailler encore plus étroitement ensemble.

Le système d'information sur les visas (VIS) nous permet de conserver et de comparer les données relatives aux demandeurs de visas, y compris leurs empreintes digitales et leurs photos. C'est pourquoi le VIS doit devenir un instrument déterminant dans la lutte contre la migration illégale et le « visa shopping », ainsi que dans la lutte contre le terrorisme international et la criminalité organisée. Nous nous emploierons à faire en sorte que le travail sur le fondement juridique du VIS progresse, que les conditions techniques soient bientôt réunies pour la mise en service de l'unité centrale du VIS à Strasbourg, que les Etats membres y soient rapidement rattachés, et que les autorités de police et de sécurité puissent y accéder.

Améliorer les éloignements

Nous voulons améliorer le retour de ressortissants de pays tiers faisant l'objet d'une mesure d'éloignement. Pour cela, l'UE doit coopérer étroitement avec les pays tiers. Nous comptons en outre évaluer les négociations menées jusqu'à présent par la Commission européenne sur les accords passés avec des pays tiers en matière de réadmission. Nous voulons poursuivre les vols groupés, pratiqués conjointement par les Etats membres. FRONTEX doit apporter son assistance pour ces vols.

Protéger les réfugiés – élargir la coopération

Notre objectif est de protéger les réfugiés et d'empêcher tout abus. C'est pourquoi nous nous employons à ce que les Etats membres appliquent de la même manière les actes communautaires relatifs au droit d'asile et des réfugiés. Pour garantir que cela sera fait, nous voulons renforcer la coopération pratique des administrations traitant de l'asile dans les Etats membres. Nous comptons apporter notre soutien à la Commission européenne pour l'évaluation des actes communautaires de la première phase d'harmonisation, et entamer la discussion portant sur la conception de la deuxième phase d'harmonisation, en nous basant pour cela sur le livre vert annoncé par la Commission européenne sur l'harmonisation du droit d'asile.

Gérer l'immigration légale

Le plan d'action présenté par la Commission européenne constitue la base de toute autre discussion sur la nécessité, l'ampleur et le contenu des réglementations européennes concernant les migrations légales. Si les premières propositions de directive ne devront être soumises par la Commission européenne qu'au cours du deuxième semestre de 2007, nous poursuivrons dès aujourd'hui notre participation active à la discussion sur des mesures pouvant être prises par l'UE dans l'optique d'un concept européen sur l'immigration légale. Notre proposition, qui consiste à concevoir et à promouvoir la migration circulaire comme instrument de la politique en matière de migration et de développement, s'inscrit dans cette démarche. Dans le domaine de l'immigration de travail, il faut toutefois garantir aux Etats membres un maximum de souplesse, afin de pouvoir prendre en compte les différences de situation sur le marché du travail de chacun des Etats membres.

Protéger les frontières extérieures – renforcer FRONTEX

La protection efficace des frontières extérieures communes constitue une condition essentielle pour pouvoir lutter avec succès contre l'immigration clandestine et la traite des êtres humains. La protection des frontières extérieures relève de la responsabilité de chaque Etat membre. FRONTEX, l'agence européenne de gestion des frontières, a toutefois un rôle essentiel à jouer dans ce domaine. C'est pourquoi nous voulons renforcer notablement FRONTEX. Ceci implique que les bases juridiques nécessaires à la mise en place d'équipes d'intervention rapide soient adoptées et mises en œuvre dès que possible, et que les agents d'autres pays soient investis de compétences exécutives lors du contrôle commun aux frontières.

Aux plaques tournantes de l'immigration clandestine, ainsi qu'à tous les principaux points de passage frontaliers, il est prévu de faire intervenir davantage d'équipes mixtes d'experts pour le contrôle des frontières. Pour cela, les Etats membres doivent mettre davantage de personnel à la disposition de l'agence.

3. Elaborer la dimension extérieure

Les attentats terroristes de New York, de Madrid et de Londres démontrent que la distinction entre sécurité intérieure et extérieure devient de plus en plus floue. Les menaces qui pèsent sur nous trouvent souvent leurs racines à l'extérieur de l'Union européenne. C'est pourquoi les Etats membres doivent travailler encore plus étroitement ensemble, précisément dans le domaine des relations extérieures, afin de garantir à l'avenir la sécurité de leurs citoyennes et citoyens. Il va de l'intérêt élémentaire de l'Union européenne en matière de sécurité de rechercher et de mener le dialogue avec les Etats-Unis, la Russie, ses voisins et les autres Etats de la planète.

Pour l'examen des questions de sécurité d'impact international, il est particulièrement important de pratiquer une coopération étroite et empreinte de confiance avec les Etats-Unis. Les défis tels que la lutte contre le terrorisme international concernent tout autant les Etats-Unis que l'Europe, et nous ne pourrions les résoudre que par une action commune. C'est pourquoi la présidence allemande se propose de renforcer encore les relations transatlantiques stratégiquement importantes. Avec la Russie, il est prévu d'approfondir le partenariat dans le cadre de la « Feuille de route pour l'espace commun de liberté, de sécurité et de justice », conclue en 2005. Nous voulons entamer rapidement les négociations concernant le texte qui prendra la suite de l'accord de partenariat et de coopération. Dans le domaines intéressant tant les Etats-Unis, la Russie et l'UE, nous viserons à établir une coopération trilatérale.

Un autre axe prioritaire de l'Allemagne sera la coopération avec l'Ukraine et la Moldavie, deux Etats qui se sont encore rapprochés de l'UE du fait de l'adhésion de la Roumanie. Dans ce contexte, les questions relatives à la lutte contre le terrorisme et la migration clandestine, tout comme celles concernant une coopération étroite dans les domaines de la surveillance des frontières, de la police, de la protection des réfugiés et de la sécurisation des documents, tiendront une place importante dans la coopération avec nos partenaires est-européens.

Nous voulons par ailleurs renforcer notre coopération en matière de politique intérieure avec tous les autres Etats adhérant à la politique européenne de voisinage. L'idée est d'apporter ainsi une contribution essentielle à la mise en œuvre de la stratégie européenne de sécurité. Celle-ci prévoit en particulier la création d'un réseau d'Etats gouvernés de manière responsable, s'étendant des frontières orientales de l'Union européenne jusqu'à la Méditerranée. C'est pourquoi la présidence allemande apportera également un soutien tangible à la conférence des ministres EUROMED sur les migrations, consacrée à la coopération dans le pourtour méditerranéen – conférence initiée sous la présidence portugaise – et s'emploiera à en faire avancer les travaux préparatoires.

Dans ce contexte, nous allons également continuer à nous engager systématiquement sur la voie de l'approche globale en matière de migration. La lutte contre la migration illégale et la criminalité des passeurs ne saurait être efficace qu'à travers un véritable partenariat entre les pays d'origine, de transit et de destination.

4. Renforcer la coopération dans le domaine administratif

Il nous tient particulièrement à cœur que nos administrations travaillent étroitement ensemble, également dans des questions de politique intérieure dépassant le cadre du programme de La Haye.

Une administration performante et à l'écoute du citoyen

Nous voulons développer le réseau européen des administrations publiques (EUPAN). Au sein de ce forum, nous entendons examiner l'impact de l'évolution démographique sur le service public, pratiquer un échange d'expériences sur la promotion liée aux performances et sur la mobilité, et élaborer des lignes directrices sur la manière d'évaluer la satisfaction du client. Nous aspirons en outre à intensifier le dialogue entre employeurs et salariés de la fonction publique en Europe.

Les projets concernant le marché intérieur, comme par exemple la récente transposition de la directive Services, impliquent une coopération européenne renforcée dans le domaine administratif, ainsi que des prestations de services administratifs

européens. C'est pourquoi nous soutenons la Commission européenne dans la mise en œuvre du programme d'action i2010 pour l'e-government. Outre la création d'un cadre européen pour des identifications électroniques sécurisées, nous veillerons particulièrement à promouvoir les formats d'échange de documents plus ouverts et plus standardisés en Europe.

Lutter contre le dopage

Nous voulons intensifier la coopération des agences nationales de lutte contre le dopage en Europe. Il est prévu à cet effet de constituer un réseau qui déterminera des normes minimales pour la lutte anti-dopage.

Protection des données, élections européennes et statistiques

La présidence allemande vise à simplifier l'application de la directive européenne sur la protection des données personnelles, et se propose d'examiner les réglementations concernant les obligations de déclaration et l'indépendance des autorités de contrôle. Nous nous employons à rendre transparents les coûts engendrés par des statistiques européennes. L'établissement de nouvelles statistiques ne devra être ordonné que s'il ne dépasse pas les capacités des services administratifs nationaux.

Nous avons l'intention de réduire significativement la charge bureaucratique créée dans le cadre des élections au Parlement européen. A cet égard, il s'agira d'endiguer le lourd échange d'informations entre l'Etat d'origine et l'Etat de résidence.

Nous voulons faire avancer rapidement les consultations concernant le recensement prévu en 2010/11 au niveau européen, pour permettre aux Etats membres de s'aligner à temps sur les lignes directrices de l'UE. Nous voulons trouver une solution permettant de couvrir les besoins de la Communauté en données statistiques de base, tout en laissant aux Etats membres le choix de la méthode adéquate de recensement.

5. Promouvoir l'intégration et le dialogue interculturel

Le succès de l'intégration des immigrés en Europe est la condition d'une cohabitation réussie et pacifique. La plupart des immigrés sont bien intégrés. Mais il s'est avéré durant ces dernières années que, dans certains Etats membres, la deuxième et la troisième génération issues de l'immigration ont des problèmes considérables. Nous nous engageons en faveur d'une politique consistant « à encourager et à exiger ». L'intégration ne réussira durablement que si tous les migrants réussissent à apprendre la langue du pays où ils vivent, à y acquérir des diplômes professionnels, et à accepter les règles fondamentales de notre cohabitation.

La situation des immigrés n'est pas la même dans tous les Etats membres, tant pour ce qui est de l'origine que du niveau d'instruction et des connaissances linguistiques. Mais le dialogue interculturel est l'affaire de nous tous. C'est pourquoi il se prête à être soutenu également à un niveau européen. Un tel dialogue peut nous aider à vivre ensemble en paix, et ce à long terme.

Le sport fournit, lui aussi, une contribution importante à l'intégration et au dialogue interculturel. Ici aussi, nous comptons assumer nos responsabilités.

Développer la politique d'intégration

Nous voulons poursuivre et intensifier le dialogue et l'échange d'expériences entre les Etats membres. Nous reprendrons à cet effet les conclusions du Conseil « Justice et Affaires intérieures » des 1er et 2 décembre 2005 sur le programme commun pour l'intégration. Nous nous sommes fixé comme objectif de mettre en œuvre les mesures européennes et nationales qui y sont évoquées, afin de permettre aux migrants dans nos pays d'y participer à la vie économique et sociale, et de leur garantir une égalité des chances. Nous devons percevoir la migration et l'intégration comme étant une chance pour nos sociétés.

La présidence allemande compte poursuivre le débat engagé lors de la conférence de Groningue en novembre 2004, et inviter les ministres en charge de l'intégration de tous les pays de l'UE à se réunir à Potsdam. Cette rencontre aura pour but de développer la coopération internationale et de permettre un échange d'expériences.

Promouvoir le dialogue interculturel

Un dialogue régulier est indispensable pour une cohabitation pacifique et basée sur la compréhension de différentes cultures et religions. À l'échelle européenne, nous pouvons contribuer à réaliser cet enjeu, en complétant les efforts entrepris au niveau national.

Dans de nombreux Etats membres, la proportion de population musulmane est encore appelée à augmenter. C'est pourquoi il est particulièrement important de pratiquer un dialogue franc avec l'islam en Europe. Notre but consiste à promouvoir ainsi la compréhension mutuelle, ainsi que l'adhésion à l'ordre libéral de notre société.

Nous prévoyons de faire en sorte que les Etats membres puissent pratiquer un échange régulier sur les succès, stratégies et problèmes rencontrés dans la cohabitation avec la population musulmane. Nous souhaitons notamment évoquer l'exercice du culte dans des édifices publics comme les écoles, d'autres établissements d'enseignement ou administrations. Plusieurs Etats membres ont déjà fait l'expérience d'un dialogue structuré avec des représentants musulmans. Cette expérience pourra être intégrée dans un dialogue interculturel régulier au niveau européen.

6. L'avenir de la politique intérieure européenne

Réglémentée en partie pour la première fois en 1992 dans le Traité sur l'Union européenne, la collaboration en matière de politique intérieure s'est considérablement élargie depuis. Aujourd'hui, elle s'étend notamment à la police, à la protection des frontières, à la liberté de circulation, ainsi qu'aux questions relatives aux visas, à l'asile et à la migration. En peu de temps, la politique intérieure européenne est devenue si complexe que les citoyennes et les citoyens ont bien du mal à la comprendre.

Depuis 2004, les enjeux et lignes directrices de la politique intérieure européenne sont réglémentés dans le « Programme de La Haye visant à renforcer la liberté, la sécurité et la justice dans l'Union européenne ». Ce programme touche à son terme en 2009.

En 2007 et 2008, l'occasion s'offrira de mener un débat d'orientation sur les grandes lignes de la future politique intérieure européenne, en amont des négociations proprement dites sur le programme pluriannuel. Ce débat devra être transparent, prendre en compte tous les aspects de la politique intérieure européenne, et intégrer aussi une expertise externe. Nouvellement instaurées, les présidences en équipe garantissent que la discussion s'inscrira dans une logique de continuité.

Il ne s'agit pas en l'occurrence d'une discussion portant sur le droit primaire. Concernant les procédures et les compétences, le traité constitutionnel européen apporte en effet des améliorations, précisément pour le processus décisionnel dans le domaine de la politique intérieure : le traité prévoit en effet de réduire le nombre de formes d'action, et de prendre la majeure partie des décisions à la majorité qualifiée. De plus, c'est la première fois qu'il définit les compétences de l'Union européenne de manière systématique.

C'est pourquoi nous voulons amorcer un débat politique sur des améliorations, indépendamment de l'avancement des consultations sur le traité constitutionnel, et en restant en deçà du niveau du droit primaire.

Nous visons une politique intérieure européenne qui soit plus compréhensible, plus efficace et plus cohérente. Dans un discours franc et informel, nous voulons premièrement sonder dans quels domaines nous pouvons pratiquer en Europe une coopération plus étroite, qui offre, à ce niveau, une plus-value par rapport aux mesures nationales. Nous voulons deuxièmement analyser dans quels domaines les mesures qui existent au niveau national sont suffisantes, et où il convient de conserver les marges de manœuvre politiques des Etats membres. Et, troisièmement, nous voulons définir les domaines qui peuvent être simplifiés et rendus plus clairs au niveau européen.

Lors de la rencontre informelle des ministres à Dresde, nous engagerons ensemble pour cela une première réflexion de principe, et définirons dans quel cadre nous pouvons mener la discussion.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums des Innern kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

This brochure is published as part of the publicity work of the Federal Ministry of the Interior. It is distributed free of charge and is not intended for sale. It may not be used by political parties or those canvassing for votes during an election. This applies to European, parliamentary, state and local elections. In particular, its distribution at election rallies, party information stands, as well as its inclusion in and attachment to party political information or promotion material constitutes improper use. Nor may it be passed on to other persons for canvassing purposes. Irrespective of when, how, and in what number this brochure was conveyed to the recipient it may not – even if this does not occur during a period of campaigning – be used in such a manner that it could be construed as support by the Federal Government for a specific political party.

La présente publication est éditée par le ministère fédéral de l'Intérieur dans le cadre de son travail de relations publiques et n'est pas destinée à la vente. Est illégale toute utilisation par des partis politiques ou des candidats ou leurs supporteurs à des fins de propagande électorale pendant la campagne électorale. Ceci s'applique aux élections européennes, aux élections législatives au niveau fédéral et régional ainsi qu'aux élections municipales. Est notamment considérée comme abusive la distribution lors d'événements électoraux ou sur des stands d'information des partis politiques ainsi que l'insertion, l'impression ou l'apposition d'informations ou de moyens de propagande de partis politiques dans ou sur la brochure. Est en outre interdite toute communication à des tiers à des fins de propagande électorale. Indépendamment de la voie par laquelle le destinataire a reçu la présente brochure, du moment de la réception et du nombre d'exemplaires reçus, cette brochure ne doit pas être utilisée – même en dehors d'une période préélectorale – de manière à faire présumer une prise de position du Gouvernement fédéral en faveur d'un parti politique particulier.

Impressum

Herausgeber und Redaktion:

Bundesministerium des Innern
Stabsstelle EU-Ratspräsidentschaft 2007
Alt-Moabit 101D, 10559 Berlin
Tel.: (030) 18 681-0
www.bmi.bund.de
www.eu2007.bmi.bund.de

Gesamtgestaltung:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Bildnachweis:

BMI

Stand:

Dezember 2006

Druck:

Koelblin-Fortuna, Baden-Baden

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden beim:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 481009, 18132 Rostock
Tel.: 0 18 05-77 80 90 (0,12€/Min. aus dem deutschen Festnetz)
Fax: 0 18 05-77 80 94 (0,12€/Min. aus dem deutschen Festnetz)
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmi.bund.de
Artikelnummer: BMI06341

Ihre zum Versand der Publikationen angegebenen personenbezogenen Daten werden nach erfolgter Lieferung gelöscht.